Suchtreffer

2000-09-05

Das Komitee der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Frauendiskriminierung tadelt Österreich wegen der Eingliederung des Frauenministeriums in das Ministerium für Sozialfragen.

Nach einer Erklärung der vatikanischen Glaubenskongregation ist die universale, eine, heilige, katholische und apostolische Kirche die Mutter aller Teilkirchen, so dass die katholische und andere Kirchen oder Gemeinschaften nicht als Schwesterkirchen verstanden werden dürfen.

2000-09-04

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Berlin im Hauptsacheverfahren ist die kostenlose Verbreitung der Zeitung 20 Minuten Köln durch den Schibsted-Verlag nicht wettbewerbswidrig.

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Cottbus ist die Enteignung eines Grundstücks in Horno zum Braunkohletageberggau am Hornoer Berg mangels Umweltverträglichkeitsprüfung rechtswidrig.

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf ist eine Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen des Gesetzes Nordrhein-Westfalens über die Feuerbestattung von 1934 mit dem Ziel der außerfriedhöflichen Aufbewahrung der Urne mit der Asche eines Verstorbenen und der dadurch gegebenen Vermeidung des Friedhofszwangs unzulässig, weil die zuständige Gemeinde der richtige Beklagte sei (23 K 2315/1998).

Das Bundesfinanzministerium Deutschlands erwägt die Geltendmachung von 13 Millionen DM Zinsverlust gegen Mobilfunk und T-Mobil, weil diese die Meinung vertreten, dass ihnen Zahlungsbescheide nicht wirksam am Samstag, dem 19. August 2000, sondern erst am Montag, dem 21. August 2000 zugestellt worden seien.

Neue Richter am Europäischen Gerichtshof sind ab 1. Oktober 2000 José Narico da Cunha Rodrigues (statt José Carlos Moitinho de Almeida) und Christiaan W. A. Timmermans (statt P. J. G. Kapteyn), neue Generalanwälte L. Geelhoed, Christine Stix-Hackl und Antonio Tizzano.

In Großbritannien soll mit Hilfe von Offender Assessment System die Wahrscheinlichkeit des Rückfalls von Strafgefangenen ermittelt werden.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird eine private Klage gegen Microsoft wegen überhöhter Preise infolge Monopolsituation zugelassen:

Chile bietet dem Binnenstaat Bolivien einen einen Quadratkilometer großen Küstenabschnitt an der seit 1884 chilenischen Küste zur Abwicklung des Seehandels Boliviens an.

2000-09-03

Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs muss das nationale Gericht bei der Auslegung von Klauseln in Verbraucherverträgen der Auslegung den Vorzug geben, die es ihm ermöglicht, seine Zuständigkeit von Amts wegen zu verneinen, wenn diese durch eine missbräuchliche Klausel vereinbart ist (C-240/1998 27. Juni 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands entfällt der wegen Verstoßes gegen § 30 I GmbHG entstandene Erstattungsanspruch nach § 31 I GmbHG nicht durch nachträgliche Gesellschaftskapitalwiederherstellung bis zur Höhe der Stammkapitalziffer (II ZR 118/1998 29. Mai 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands kann die Bürgschaft auf Grund ergänzender Vertragsauslegung den Zinssatz der Hauptschuld wechselnden Refinanzierungsmöglichkeiten anpassende Zinsänderungen umfassen (IX ZR 2/1998 6. April 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands unterliegen bei Verwaltungsermittlungen einer Aufsichtsbehörde im Vorfeld eines Disziplinarverfahrens anfallende Akten dem uneingeschränkten Einsichtsrecht, wenn die Aufsichtsbehörde Verdächtigungen nachgeht oder von sich aus Material sammelt (NotZ 14/1999 20. März 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands ist das unberechtigte Einfügen der Kontonummer in die Kodierzeile gestohlener Euroscheckvordrucke Herstellen eines falschen Vordrucks (2 StR 69/2000 3. Mai 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Deutschlands ist über einen Normenkontrollantrag eines unmittelbar betroffenen Grundstückseigentümers gegen einen Bebauungsplan auf Grund einer öffentlichen mündlichen Verhandlung zu entscheiden (4 CN 9/1998 16. Dezember 1999).

Nach einer Entscheidung des Kammergerichts Berlin ist der Beschluss über die Bestellung eines Verfahrenspflegers für ein Kind mit der Beschwerde selbständig anfechtbar (19 WF 8877/1999 16. Dezember 1999).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts München verstößt der Kanzleiübertragungsvertrag an einen vor der Übertragung nicht in der Kanzlei in irgendeiner Form beschäftigten Erwerber gegen das Gesetz (§ 203 I Nr. 3 StGB) (23 U 6086/1999 5. Mai 2000).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart kann der erweiterte Verfall im selbständigen Verfahren auch nach dem Tod des Täters angeordnet werden (4 Ws 65/2000 26. April 2000).

Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Hamburg kann der Veräußerer eines Kraftfahrzeugs als Zustandsstörer für die Kosten des Abschleppens des ordnungswidrig geparkten Fahrzeugs haften müssen (3 Bf 670/1998 18. Februar 2000).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim hat der Eigentümer eines am Ortsrand gelegenen Grundstücks mit freier Aussicht keinen Anspruch auf Verhinderung eines diesen Zustand ändernden Bebauungsplans /3 S 690/1999).

Nach einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Hessen entsteht kein Arbeitsverhältnis dadurch, dass jemand im Vorgriff auf ein mögliches Teilhaberverhältnis in einem Unternehmen tätig wird, aber weder regelmäßig anwesend ist noch Weisungen erhält (9 Sa 2014/1999).

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Dortmund hat die Trianel GmbH sofortigen Zugang zum Gasnetz der Ruhrgas Ag (13 O 134/2000 Kart.).

Ab 14. September ist für 149 DM die Nachrüstung von Windows 98 durch Windows Millenium Edition möglich.

Es werden weiter steigende Preise für Öl erwartet.

Schüler, Wolfgang, Die Wissenszurechnung im Konzern, 2000

Suchtreffer

Wever, Reinhardt, Vermögensauseinandersetzung der Ehegatten, 2. A. 2000

Handkommentar zur VOB, hg. v. Heiermann, W./Riedl, R./Rusam, M., 9. A. 2000

Umwandlungsgesetz, hg. v. Lutter, Marcus, 2. A. 2000

Musielak, Hans-Joachim, Zivilprozessordnung, 2. A. 2000

Götze/Paul, Anwaltsberatungshandbuch 2000, 2000

Handbuch des öffentlichen Baurechts (Lbl.), hg. v. Hoppenberg, Michael, 2000

Sächsische Bauordnung (Lbl.), hg. v. Degenhart, Christoph, 2000

Bielenberg, Walter/Koopmann, Klaus-Dieter/Krautzberger, Michael, Städtebauförderungsrecht (Lbl.), 2000

Sozialgesetzbuch (Lbl.), begr. v. Aichberger, Friedrich, 2000

Kopp, Ferdinand/Schenke, Wolf-Rüdiger, Verwaltungsgerichtsordnung, 12. A. 2000

Josef Blanke wechselt von Köln nach Erfurt.

Wolfgang Kahl wechselt von Augsburg nach Gießen.

Henning Ernst Müller wechselt von Berlin nach Regensburg.

Hermann Reichold wechselt von Eichstätt nach Tübingen.

Holger Fleischer wird C4-Professor in Göttingen.

Hermann Butzer wird für Staats-und Verwaltungsrecht einschließlich Sozialrecht und Verfassungsgeschichte der Neuzeit in Bochum habilitiert.

Christine Langenfeld wird für deutsches und ausländisches öffentliches Recht in Saarbrücken habilitiert.

Peter Schlechtriem wird zum 1. 10. 2000 Counsel bei Allen & Overy.

In Deutschland sind 174000 ausländische Studierende eingeschrieben, von denen knapp ein Drittel die Studienberechtigung in Deutschland erworben hat (23000 Türken).

26. September 2000-1. Oktober 2000 Seminar der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung in Trier über ein juristisches Auslandsstudium in Frankreich (06131/3922412).

2000-09-02

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands kann der Auftragnehmer bei nicht beendetem Vertrag nach Schlussrechnung den einmal begründeten Anspruch auf Abschlagszahlung geltend machen, falls er Abnahme oder unberechtigte Abnahmeverweigerung nicht nachweisen kann (VII ZR 30/1999 15. Juni 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands muss der planende Architekt den ausführenden Unternehmer auf besonders schadensträchtige Umstände einer Abdichtung gegen Wasser besonders hinweisen (VII ZR 212/1999 15. Juni 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands ist ein Verwaltungsratssitzungsbeschluss über die fristlose Kündigung eines Vorstandsmitglieds nichtig, wenn die einladende Tagesordnung nur den allgemeinen Punkt Vorstandsangelegenheiten enthält (II ZR 47/1999 29. Mai 2000).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands hat der Krankenhausträger für das Verhalten einer angestellten Hebamme einzustehen und ist der Urlaubsvertreter eines Arzts dessen Erfüllungsgehilfe (VI ZR 321/1998 16. Mai 2000).